

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	Bürgerunion	in Vertretung für Hoch, Haymo (anwesend bis zeitweise TOP 3)
Dambier, Peter	PIRATEN	in Vertretung für Zenker, Veronika

Kreistagsvorsitzender:

Schneider, Gottfried	CDU
----------------------	-----

Fraktionsvorsitzende:

Haag, Alfons	CDU
Zenker, Veronika	PIRATEN

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	Landrat (anwesend zu den Regularien)
Schimpf, Matthias	hauptamtlicher Kreisbeigeordneter und Finanzdezernent

Verwaltung:

Juch, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Zubrod, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Zeißler, Nils	Auszubildender

Schriftführerin:

Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur
------------------	---

Der Ausschussvorsitzende, Herr Abgeordneter Fiedler, eröffnete um 08:40 Uhr die 17-027. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Herr Landrat Wilkes informierte über den Sachstand betreffend "Pakt für den Nachmittag - Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen Land und Kreis":

Die Auftaktveranstaltung des Landes zu diesem Projekt sei für 15.06.2015 vorgesehen und bis dahin solle die Vereinbarung durch die Projektbeteiligten unterzeichnet sein. Derzeit liege allerdings der Rahmenvertrag des Landes noch nicht vor, die Verwaltung habe bisher nur einen Vertragsentwurf erhalten.

Da in der Sitzung des Kreistages am 16.03.2015 ein Grundsatzbeschluss zur Beteiligung des Kreises am Projekt als einer der Pilotschulträger und zum Rahmenkonzept gefasst und der Bewerbung von sieben Schulen des Kreises für eine Teilnahme an der Pilotphase zugestimmt worden sei, halte es das Rechtsamt für ausreichend, das Verwaltungsorgan über den Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit dem Land entscheiden zu lassen. Geplant sei, zunächst die Betriebskommission Schule und Gebäudewirtschaft in ihrer Sitzung am 08.06.2015 mit der Kooperationsvereinbarung zu befassen und danach den Kreisausschuss in seiner am gleichen Tag stattfindenden Sitzung darüber beschließen zu lassen. Der Kreistag werde sodann entsprechend informiert.

Falls sich jedoch neue Entwicklungen bezüglich der Kooperationsvereinbarung ergeben sollten, die nicht durch den Kreistagsbeschluss vom 16.03.2015 gedeckt wären, müsste über eine andere Verfahrensweise beschlossen werden.

Herr Kreistagsvorsitzender Schneider regte an, ggf. eine Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales für 09.06.2015 vorzusehen.

Anschließend wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: Überwaldbahn gGmbH - nachzureichende Informationen auf Fragen in der Sitzung am 13.03.2015

Herr Kreisbeigeordneter Schimpf beantwortete Fragen aus der letzten Sitzung betreffend Personal der Überwaldbahn gGmbH in 2013 (2 Geschäftsführer, 2 Betriebsassistenten, 2 Bürokräfte, 3 geringfügig Beschäftigte; die Gehälter der Mitarbeiter orientieren sich am TVöD, die Gesamtbezüge der Geschäftsführer betragen rd. 130.000 € jährlich), Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung (in 2014 höhere Erträge als geplant aufgrund höherer Umsatzerlöse und Spenden, so dass sich der kommunale Zuschussbetrag voraussichtlich verringern wird), von den Kommunen geleistete Hand- und Spanndienste (außer Ausleihe von technischen Gerätschaften keine Hand- und Spanndienste).

Herr Abgeordneter Kunkel ergänzte, bei durchgeführten Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen an und im Umfeld der Bahnstrecke müsse unterschieden werden, ob sich das betreffende Gelände im Eigentum der Gesellschafter der Überwaldbahn gGmbH oder im Eigentum einer der beteiligten Kommunen befinde. Um die Problematik der Abgrenzung der Eigentumsverhältnisse zu veranschaulichen, regte er einen "Ortstermin" für den Ausschuss an.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, noch vor der Sommerpause den "Ortstermin" abzustimmen und festzulegen.

Punkt 2: Antrag der FDP-Fraktion vom 22.02.2015 betreffend Überprüfung der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs und Information der Verwaltung zum Sachstand Vorlagen: 17-1585 und 17-1585/1

Herr Abgeordneter Hörst erläuterte die Intention des FDP-Antrages, zum Thema "Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches (KFA)" zu einem deutlichen Signal an das Land anzuregen und sich in den Kreisgremien stetig mit dem Thema zu befassen.

Bei der anschließenden Aussprache über den Antrag und die Information der Verwaltung zum Sachstand

- wies Herr Kreisbeigeordneter Schimpf darauf hin, der Hessische Landkreistag (HLT) vertrete wie die Kreisgremien die einmütige Meinung, die vom Land vorgesehene Finanzausgleichsmasse sei zu niedrig. Da die Kreise keine Möglichkeit hätten, ihre Einnahmen zu steigern, könnten sie die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich nur durch Einsparungen bei den Leistungen erreichen. Auch für strukturschwache Kommunen werde die finanzielle Situation noch schwieriger werden;

- sah Herr Abgeordneter Schmitt die vom Land angewandte Bedarfsbemessung für Kreise und Kommunen kritisch; rechtliche Schritte gegen das neue FAG seien derzeit nicht möglich, da es noch im Entwurfsstadium sei. Am 17.06.2015 werde zum Gesetzentwurf eine Anhörung im Haushaltsausschuss des Landtags stattfinden, zu der die Kreisspitze eingeladen sei;
- bezeichnete Herr Abgeordneter Dr. Greif die Anhörung als eine "Alibi"-Veranstaltung, bei der nur Argumente ausgetauscht würden, aber keine wesentlichen Änderungen des Gesetzentwurfes zu erwarten seien. Weiter äußerte er Zweifel an einer einmütigen Haltung im HLT, Hessischen Städte- und Gemeindebund und Hessischen Städtetag;
- hatte Herr Abgeordneter Hörst Bedenken, ob der Konsens des Kreistages zum Thema KFA nach dem Wechsel des Landrats erhalten bleibe;
- erwartete Herr Kreisbeigeordneter Schimpf, die im Rahmen der Neuordnung des KFA vorgesehene Gesamt-Finanzausgleichsmasse werde nicht mehr erhöht werden, so dass Kontroversen über die Verteilung der Mittel innerhalb der kommunalen Ebene "vorprogrammiert" seien; da die Landkreise fast nur Pflichtaufgaben zu erfüllen hätten, fehlten ihnen zunehmend die Mittel für eine qualitativ gute Aufgabenerledigung;
- merkte Herr Kreistagsvorsitzender Schneider an, die Situation von Landkreisen mit Sonderstatusstädten sei nicht vergleichbar mit Landkreisen ohne solche Städte. Er betonte die Übereinstimmung der Position der HLT-Spitze zur Neuordnung des KFA mit der Position des Kreistages; bei der Sitzung des Rechts- und Europaausschusses am 19.05.2015 werde er die Vertreter der übrigen Kreise fragen, ob und mit welchem Text ihre Kreistage Resolutionen zur Neuordnung des KFA verabschiedet hätten. Weiter monierte er die Absicht des Landes, die vom Bund zugesagten Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen und für Grundsicherung nicht direkt und vollständig an die kommunale Ebene weiterleiten zu wollen, und befürchtete, diese Praxis werde fortgesetzt, wenn die Klage des Vogelsbergkreises keinen Erfolg haben sollte;
- gab Herr Abgeordneter Dambier zu überlegen, ob der Kreis Bergstraße zum Land Baden-Württemberg "wechseln" sollte, da dort die kommunale Ebene finanziell besser gestellt sei.

Herr Kreisbeigeordneter Schimpf sagte abschließend zu, den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss kontinuierlich über die Entwicklung bei der Neuordnung des KFA zu informieren.

Der Ausschussvorsitzende kündigte an, den Punkt "Neuordnung des KFA - Sachstand" bei den kommenden Ausschusssitzungen jeweils für die Tagesordnung vorzusehen.

**Punkt 3: Aufsichtsbehördliche Genehmigung der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 17-1557**

Bei der Aussprache über die aufsichtsbehördliche Genehmigung ging Herr Kreisbeigeordneter Schimpf davon aus, das für 2015 prognostizierte Gesamtergebnis sei wegen der Zunahme der vom Kreis unterzubringenden Flüchtlinge nicht erreichbar.

Auch die Einhaltung des Schutzschirmvertrages werde schwierig, da die steigenden Aufwendungen für die Unterbringung von Flüchtlingen nicht in die Berechnung des kommunalen Finanzausgleichs einbezogen und nicht als Prognosestörung berücksichtigt würden.

Fragen aus dem Ausschuss gab es zu folgenden Punkten der Genehmigung, zu denen Herr Kreisbeigeordneter Schimpf Auskünfte gab:

- Investitionsprogramm des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft, das ab 2017 ohne Nettoneuverschuldung umzusetzen ist
 - Problematik der Verschiebung von Baumaßnahmen
 - steigende Aufwendungen für den "Pakt für den Nachmittag"
 - zukünftig vorgesehene Investitionen im Schulbereich

Herr Kreisbeigeordneter Schimpf erläuterte, dass bei Verzögerungen von Baumaßnahmen mit der Aufsichtsbehörde geklärt werde, ob für verfallene Kreditermächtigungen bei einer späteren Durchführung der Baumaßnahmen neue Kredite aufgenommen werden dürften. Die Aufwendungen für den "Pakt für den Nachmittag" seien schulumlagererelevant und somit durch entsprechende Einnahmen "gedeckt". Zu den für die kommenden Jahre geplanten Investitionen im Schulbereich sagte er zu, dem Ausschuss entsprechende Informationen hierzu zu geben.

- Haushaltswirtschaftliche Sperre und Stellenbesetzungssperre

Herr Kreisbeigeordneter Schimpf verwies auf den im Haushaltsplan 2015 mit einer Sperre versehenen Gesamtbetrag von 5,2 Mio. €. Auf eine Stellenbesetzungssperre sei verzichtet worden, da in vielen Bereichen, beispielsweise bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, eine möglichst schnelle (Wieder-) Besetzung von Stellen erforderlich und gewollt sei.

Herr Abgeordneter Dr. Greif vermisste in der Haushaltsgenehmigung eine Anmerkung zur Kassenkreditsituation. Herr Kreisbeigeordneter Schimpf wies auf die wachsende Schwierigkeit bei der Aufnahme von Kassenkrediten und das weiterhin ungelöste Problem der Rückzahlung dieser Kredite hin.

Punkt 4: Änderung der Entschädigungssatzung des Kreises

Ohne weitere Aussprache fasste der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss auf Anregung des Ausschussvorsitzenden folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige entsprechend dem in der Sitzung vorliegenden Satzungsentwurf vom 21.04.2015 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Neinstimme beschlossen.

